

HEUTE
15.6.2018

Liebe Leserin, lieber Leser



Raffael
Schuppisser

Endlich hat sie begonnen, die Weltmeisterschaft. Die nächsten Wochen stehen ganz im Zeichen des Fussballs. Mag sein, dass das Eröffnungsspiel zwischen Russland und Saudi-Arabien noch keine grossen Emotionen wecken konnte. Doch spätestens am Sonntag, wenn die Schweiz auf Brasilien trifft (mehr dazu schon jetzt im Sport), wird auch hier das WM-Fieber ausbrechen. Menschen, die sonst nichts mit Fussball am Hut haben, werden zu Fans. Doch was ist das überhaupt, ein Fan? Das fragt sich mein Kollege Christoph Bopp. Ich empfehle Ihnen seine Analyse auf der Meinungsseite.

Frage des Tages

Finden Sie es richtig, dass Erdogan in der Schweiz um Stimmen wirbt?

Ja Nein

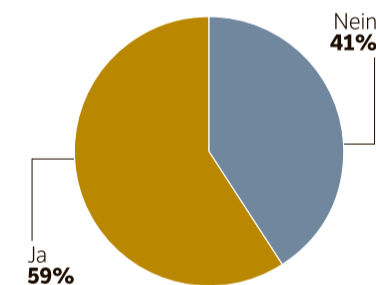
Stimmen Sie online ab unter www.aargauerzeitung.ch
www.bzbasel.ch
www.baselandschaftliche.ch
www.solothurnerzeitung.ch
www.grenchnertagblatt.ch
www.limmattalerzeitung.ch
www.oltnerzeitung.ch

«Die Umfrage finden Sie online über die Such-Funktion mit dem Stichwort «Tagesfrage»

Das Ergebnis erscheint in der nächsten Ausgabe.

Ergebnis letzte Tagesfrage

Wir haben gefragt: Definiert die Fussball-WM in den kommenden Wochen Ihren Tagesrhythmus?



Video des Tages

www.aargauerzeitung.ch/mediathek/videos



Fussball-Held sagt Hochzeit ab – und geht lieber ins Trainingslager.

Kochen

REZEPT DES TAGES

Crostini mit Lardo und Chilihonig

Zutaten (für 4 Personen)

- 8 Salbeiblätter
- 1 Knoblauchzehe
- 3 Esslöffel Olivenöl
- 12 Scheiben Baguette
- 6–12 dünne Scheiben Lardo, je nach Grösse
- 3 Esslöffel Honig, flüssig, z. B. Akazienhonig
- ½ Teelöffel Chiliflocken

Das Rezept zur Einkaufsliste finden Sie unter:
www.wildeisen.ch

Wahlen in der Türkei

Ab heute wird in der Schweiz gewählt

Der Kampf um Stimmen aus der Schweiz

Kurden tun alles, um Erdogan eine Abfuhr zu erteilen. Der Präsident verschickt derweil einen Propaganda-Brief.

VON PASCAL RITTER

Die jungen Männer unterbrechen für einen Moment ihr Kartenspiel. Demir Celik (58) ist an ihren Tisch getreten und setzt zu einer Rede an. Der ehemalige Abgeordnete der türkisch-kurdischen Partei HDP legt seinen Landsleuten nahe, seinen Parteikollegen und Erdogan-Herausforderer Selahattin Demirtas zu wählen. Dann geht Celik weiter zur nächsten Bar an der Bühlwiesenstrasse in Zürich-Oerlikon. Hier in dieser von Einwanderer geprägten Strasse, reihen sich Shisha-Bars an Cafés.

Nur wenige hundert Meter entfernt können die in der Schweiz lebenden Türken ab heute Parlament und Regierung in Ankara wählen. Weil mit einem grossen Andrang gerechnet wird, hat das türkische Generalkonsulat in Oerlikon eine Messe-Halle gemietet.

Demir Celik hofft, dass möglichst viele Schweiz-Türken seine HDP wäh-

len. Dafür tourte er durch die Bühlwiesenstrasse und durch die ganze Schweiz. Einst sass er selbst im Parlament in Ankara, heute ist er Vorsitzender des Demokratischen Kongresses der Völker Europas HDK, einer Art Auslandsorganisation der HDP.

Mit dem Parteibus an die Urne

Auf den Flyern, die Celik und seine Mitstreiter verteilt, stehen eine genaue Wahlanleitung und die Adressen der Wahllokale. Neben der Messe Oerlikon können Schweizer Türken auch im Generalkonsulat in Genf und in der Botschaft in Bern wählen. Die HDP will ihre Leute in Fahrgemeinschaften und Bussen an die Urnen bringen. So tun es auch einige andere Parteien. Rund 96 000 abstimmungsberechtigte Türken leben in der Schweiz. Angesichts der über 55 Millionen, die am 24. Juni aufgerufen sind, Parlament und Präsidenten zu wählen, ist das eine vernachlässigbare Zahl. Und dennoch geht es für die Unterstützer der linken HDP, die ihre Wurzeln im Kurdengebiet,

aber auch Anhänger in den Städten hat, um viel. Zum einen zählt jede Stimme, wenn die HDP die Zehnprozent-Hürde knacken will. Bekommt eine Partei weniger, darf sie nicht ins Parlament. Bei den letzten Wahlen im November 2015 gelang der HDP das nur hauchdünn mit 10,8 Prozent der Stimmen.

Es geht aber auch um die Symbolik. Denn in der Schweiz ist die HDP derart stark, dass sie mehr Stimmen erhält als die Partei des Präsidenten Recep Tayyip Erdogan. Es wäre nicht das erste Mal, dass die türkische Opposition Erdogan von der Schweiz aus demütigen würde.

Die Wahlen, die in der Türkei selbst erst am Sonntag, den 24. Juni, in der Schweiz aber schon in den nächsten fünf Tagen stattfinden, sind die ersten seit der Verfassungsreform, für die sich die Türken im April des letzten Jahres knapp ausgesprochen haben. In Ländern wie Deutschland oder Österreich folgten die Türken stramm der Empfehlung ihres Präsidenten. Die in

der Schweiz lebenden Türken verwarfen die Einführung eines Präsidialsystems hingegen deutlich, mit 62 Prozent der Stimmen.

Die Opposition der HDP hofft nun, dass sie Erdogan wieder eine symbolische Niederlage beifügen kann. Deshalb die Flyer, die Reden in Shisha-Bars und die Busse zu den Urnen. Doch Erdogans islamistische AKP ist nicht untätig. Auch sie kann jede Stimme brauchen im Kampf um eine Regierungsmehrheit. Der Präsident hat sich kurz vor den Wahlen in einem Brief an viele Türken in der Schweiz gewandt. Darin dankt er zunächst den Auslandstürken und verlangt Anerkennung: «Ihr seht am besten, wie weit die Türkei in Sachen Demokratie gekommen ist.» Er rühmt sich zudem, «Tausende Lehrer und Religionsvertreter im Ausland damit beauftragt» zu haben, türkischen Kindern ihre Muttersprache, ihre Religion und ihre Kultur zu lehren. Schliesslich ruft er die Auslandstürken dazu auf, zur Wahl zu gehen. Nur wenig verkläuliert bittet



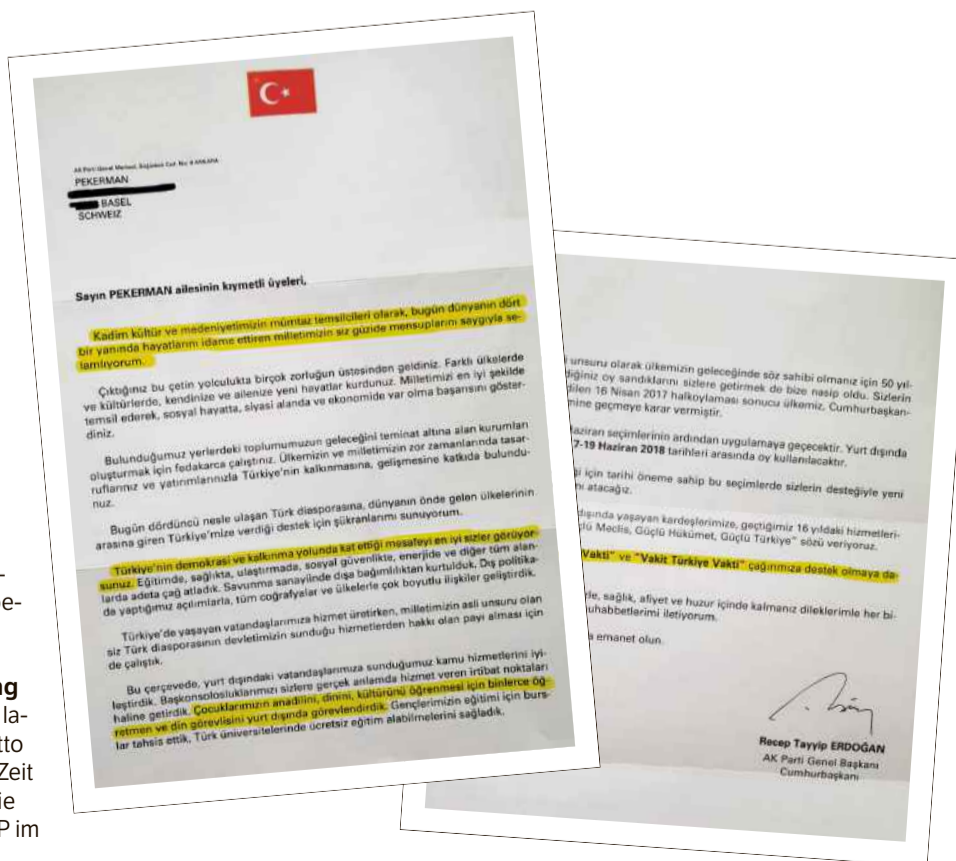
Erdogans Brief an Schweizer Türken

Die Begrüssung: «Ich möchte Sie, als vornehme Vertreter unserer alten Kultur und Zivilisation, welche heute weltweit wohnhaft sind, respektvoll begrüssen.»

Loblied auf Demokratie: «Ihr (gemeint sind Türken im Ausland) seht es am besten, wie weit die Türkei punkto Demokratie und Entwicklung gekommen ist.»

Türkische Kultur im Ausland: «Damit eure Kinder ihre Muttersprache, ihre Religion und ihre Kultur lernen können, haben wir Tausende von Lehrern und Religionsvertretern im Ausland damit beauftragt.»

Kaum verkläulerte Werbung für Erdogans Partei AKP: «Wir laden Sie ein, uns bei unserem Motto «Zeit für eine starke Einheit» und «Zeit für die Türkei» zu unterstützen. (Die gleichen Slogans benützt die AKP im Wahlkampf)



Lokalpolit

Schweizer Politiker reisen am Wahltag in die Türkei. Sie wollen damit die Bevölkerung ermutigen, trotz Ausnahmezustand zu wählen.

VON PASCAL RITTER

Die Flüge sind gebucht. Die Zürcher Gemeinderäte Ezgi Akyol (31) und Muammer Kurtulmus (54) reisen in die Türkei. Sie werden dort am 24. Juni, dem Wahltag, in der kurdischen Provinz Mus im Osten des Landes sein. Dort werden sie Wahllokale besuchen und auf Unregelmässigkeiten achten.

Akyol (Alternative Liste) und Kurtulmus (Grüne) haben beide Wurzeln in der Türkei. Er stammt von dort und kam in den 1990er-Jahren in die Schweiz. Sie ist in Zürich geboren und besucht regelmässig ihre Mutter in Istanbul. Beide sind Teil einer Gruppe von Schweizer Politikern, die sich am Wahlsonntag in der Türkei befinden wird. Zu ihnen gehören auch der Berner Grossrat Hasim Sancar (Grüne)



Am Helvetiaplatz in Zürich demonstrieren Kurden gegen den türkischen Präsidenten Erdogan. Im Gegensatz zu Österreich oder Deutschland ist die Opposition in der Schweiz stärker als die Erdogan-Anhänger. Das Bild entstand im November 2016, als kurdische Politiker verhaftet wurden.

WALTER BIERI/KEY



Muharrem Ince:	Meral Aksener:	Selahattin Demirtas:	Temel Karamollaoglu:	Dogu Perincek:
31,4 Prozent	9,5 Prozent	8,2 Prozent	2,1 Prozent	0,5 Prozent

Die Opposition kann Erdogan gefährlich werden

Bei früheren Wahlen profitierte der türkische Staatschef Recep Tayyip Erdogan von der Schwäche der Herausforderer. Jetzt ist das anders

VON GERD HÖHLER, ATHEN

Als Erdogan im April die regulär erst Ende 2019 fälligen Parlaments- und Präsidentenwahlen überstürzt um 17 Monate vorzog, reagierte er damit nicht nur auf die heraufziehende Finanzkrise. Er hoffte auch, die Opposition zu überrumpeln. Anfangs schien ihm das zu gelingen: Die Vorverlegung der Wahlen kam völlig überraschend. Inzwischen haben die Oppositionsparteien aber Tritt gefasst. Sie gehen mit einer Strategie in die Wahlen, die Erdogan sowohl bei der Präsidentschaftswahl als auch bei der Parlamentswahl in die Defensive bringen könnte.

Die Wahlen markieren den Übergang von der parlamentarischen Demokratie zum Präsidialsystem. Gewinnt Erdogan, zementiert er seine Macht. Anfängliche Überlegungen mehrerer Oppositionsparteien, einen gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten gegen Erdogan aufzustellen, scheiterten schnell. Jetzt treten nicht weniger als fünf Konkurrenten gegen den amtierenden Staatschef an.

Kein Wahlkampf im Gefängnis

Das ist schlecht für Erdogan. Ihm drohen Stimmenverluste an mehreren Fronten. Muharrem Ince repräsentiert als Kandidat der grössten Oppositionspartei CHP nicht nur das kemalistische Bürgertum. Er spricht als Mann vom linken Flügel der CHP auch jüngere Wähler und liberale Intellektuelle an. Überdies umwirbt Ince gemässigte kurdische Wähler. Derweil wildert die frühere Innenministerin Meral Aksener im nationalistischen Lager, das Erdogan an sich zu binden hoffte. Ince und Aksener kommen in jüngsten Umfragen zusammen immerhin auf rund 40 Prozent der Stimmen. Dann ist da der Kurdenpolitiker Selahattin Demirtas, der unter der kurdischen Bevölkerung im Südosten viele Anhänger hat. Obwohl Demirtas in Untersuchungshaft sitzt und keinen Wahlkampf machen kann, sehen ihn Meinungsforscher bei etwa 8 Prozent.

Selbst um seine Kern-Klientel, die religiös-konservativen Wähler, muss Erdogan diesmal kämpfen: Temel Karamollaoglu bewirbt sich für die islamistische Saadet Partisi, die Glückseligkeitspartei, um das Präsidentenamt und will enttäuschte Erdog

gan-Wähler gewinnen. Im Wahlkampf gibt sich der 76-Jährige als Elder Statesman. Er spielt die moralische Karte aus und kommt bei seinen Kundgebungen immer wieder auf Themen wie Korruption und Vetternwirtschaft unter Erdogan zu sprechen. Umfragen sehen Karamollaoglu zwar nur bei 2 Prozent. Und der fünfte Bewerber, der Linksnationalist Dogu Perincek, kommt Meinungsforschern zufolge sogar auf weniger als 1 Prozent. Aber unterschätzen darf Erdogan keinen seiner Gegner. Er hat keine Stimme zu verschenken. In den meisten Umfragen liegt er unter der 50-Prozent-Marke.

Verfehlt Erdogan die absolute Mehrheit, müsste er sich am 8. Juli einer Stichwahl stellen. Dann könnten sich die Oppositionswähler um einen Kandidaten sammeln. Wahrscheinlichster Erdogan-Gegner in einem zweiten Wahlgang ist der CHP-Politiker Muharrem Ince. Aksener und Karamollaoglu haben ihm bereits ihre Unterstützung zugesichert.

Analog dazu paktieren vier Oppositionsparteien auch bei der Parlamentswahl. Die CHP ging mit der IYI-Partei von Meral Aksener, der Glückseligkeitspartei (SP) und der Demokratischen Partei (DP) eine Wahl-Allianz ein, das Bündnis der Nation. Es garantiert auch der SP und der DP, die auf sich allein gestellt an der Zehnprozenthürde scheitern würden, im Huckepackverfahren den Einzug ins Parlament.

Änderung im Wahlgesetz

Den Anstoss zur Bildung des Bündnisses der Nation gab ausgerechnet Erdogan. Er hatte im Februar einen Pakt mit der ultranationalistischen MHP geschlossen, die sogenannte Volksallianz. Mit der Öffnung nach Rechtsausen wollte er seine Mehrheit sichern. Dazu änderte die Regierung eigens das türkische Wahlgesetz, das bis dahin keine Wahlbündnisse zuließ.

Es kann Erdogan eigentlich nicht überraschen, dass nun auch die Oppositionsparteien von dieser Möglichkeit Gebrauch machen. Aber genau dies könnte Erdogans Volksallianz die Mehrheit kosten. Rechnet man die jüngsten Umfrageergebnisse auf die Sitzverteilung im nächsten Parlament hoch, verfehlt die Erdogan-Allianz mit 275 bis 280 von 600 Mandaten die erhoffte absolute Mehrheit deutlich.

er sie um eine Stimme für sich. Er verwendet den gleichen Slogan, der auch auf seinen Wahlkampfflyern steht: «Zeit für eine gemeinsame starke Einheit. Zeit für die Türkei!»

Propaganda-Brief von Erdogan

Auch Erdogan-Gegner erhielten den Brief. Etwa der ehemalige Basler Grossrat Bülent Pekerman. Er regt sich über die Post aus der AKP-Zentrale auf und fragt sich: «Woher hat die AKP meine Adresse? Hat das Konsulat sie weitergegeben?»

Das türkische Generalkonsulat in Zürich liegt in einem Wohnquartier unweit von Uni und ETH. Die Rolläden sind auch tagsüber heruntergelassen, vor dem Haupteingang stehen Polizisten Wache und Kameras filmen jeden, der sich dem Haus nähert. Im Innern direkt hinter dem Metalldetektor steht eine Büste von Mustafa Kemal, dem Staatsgründer, der immer mit dem Zusatz Atatürk (Vater der Türken) genannt wird. Seit rund einem Jahr ist Asiye Nurcan Ipekçi Generalkonsulin

in Zürich und damit für die meisten der rund 100 000 Türken in der Schweiz zuständig. Sie kennt Erdogans Brief, beteuert aber, keine Adressen weitergegeben zu haben: «Ohne Einwilligung der Betroffenen geben wir keine Daten weiter.» Sie räumt ein, dass andere türkische Behörden allenfalls auf Adressdaten Zugriff hätten. Wer im Ausland wählen will, muss sich in der Türkei als Auslandtürke registrieren und seinen Wohnsitz angeben.

Der Brief, den der Basler Grünliberale Pekerman bekam, wurde von der österreichischen Post versandt. In Österreich sorgte der Brief für viel Empörung - vor allem die Passage, in der Erdogan von den entsandten Lehrern und Religionsgelehrten schwärmt. Kürzlich schloss das Nachbarland Moscheen, die aus der Türkei unterstützt werden und wies Imame aus.

Die Schweiz ist liberaler, auch was den Wahlkampf angeht. Während Deutschland und Österreich ein Verbot von Veranstaltungen mit türki-

schen Politikern erliessen, wären sie in der Schweiz legal. Gemäss Ipekçi gibt es auch von der Botschaft keine Empfehlung, auf Wahlkampf zu verzichten. «Da mischen wir uns nicht ein», sagt sie. Obwohl es rechtlich also kaum Hürden gibt, läuft die Mobilisierung der Türken vor allem innerhalb der eigenen Vereine und Treffpunkte ab. So besuchte etwa die AKP-Politikerin Lutfiye Ilksen Ceritoglu auf Einladung der türkischsprachigen Zeitung «Post» ein Fastenbrechen und verteilte im engen Rahmen gemäss «Sonntagsblick» in Basel Erdogan-Flyer.

Der Wahlkampf findet in der Schweiz vor allem als Predigt zu den bereits Bekehrten statt. So zogen Demir Celik und seine HDP-Mitstreiter denn auch am türkischen Reisebüro in Oerlikon vorbei. Im Inhaber vermuteten sie einen strammen Erdogan-Anhänger.



Ein Interview mit der türkischen Generalkonsulin lesen Sie online.

Politiker auf internationaler Mission



Die Zürcher Gemeinderäte Ezgi Akyol (AL) und Muammer Kurtulmus (Grüne) vor dem Zürcher Volkshaus.

PASCAL RITTER

listen und Politiker - unter ihnen der HDP-Kandidat Selahattin Demirtas - sitzen im Gefängnis. Zudem gilt in der Türkei seit dem gescheiterten Putsch vom Juli 2016 der Ausnahmezustand. Angesichts dieser Situation stellt sich die Frage, was Schweizer Beobachter ausrichten können, ohne als demokratisches Feigenblatt missbraucht zu werden. «Es geht darum, den Menschen Mut zu machen. Die kurdische Bevölkerung soll merken, dass die Welt nicht wegschaut», sagt AL-Gemeinderätin Akyol. Sie verweist darauf, dass viele Wähler etwa von der Präsenz des türkischen Militärs eingeschüchtert sind. Der Grüne Kurtulmus sagt: «Auch wenn wir uns keine Illusionen machen, dass durch unsere Reise die Wahlen wesentlich demokratischer werden, wollen wir doch nichts unverstehen lassen. Für mich geht es auch um Solidarität mit der HDP.»

Die beiden Politiker gehören einem Komitee an, dass sich für freundschaftliche Beziehungen zwischen Zürich und der Kurdenstadt Diyarbakir einsetzt. Die Reise bezahlen sie aus dem eigenen Sack. Auch den Flug.

2017 von Manipulationen, unter anderem weil ein Gericht Wahlzettel zuließ, die nicht den offiziellen Stempel trugen.

Feigenblatt oder Ermutigung?

Dass die Wahlen in der Türkei demokratischen Standards nicht genügen werden, ist schon vor dem Wahlsonntag klar. Jüngst kritisierten Beobachter des Europarats den Wahlkampf in der Türkei als weder fair noch frei. Journa-

und Markus Heinzler, Vizepräsident des grünen Bündnis Bern. National bekannte Politiker schliessen sich ihnen allerdings nicht an.

Eingeladen wurden sie von der kleinen Linkspartei Halkların Demokratik Partisi (HDP), welche vor allem von Türken aus den Städten und Kurden gewählt wird. Vertreter der Partei, aber auch Vertreter der anderen Oppositionsparteien sprachen nach dem Verfassungsreferendum vom 16. April